

Unklare Situation in der Region Tigray

Liebe Spenderinnen und Spender
Sehr geehrte Damen und Herren

Unsere in den Statuten klar festgelegte Neutralität, insbesondere politisch, ethnisch und religiös, ist ein wichtiger Eckpfeiler unserer Arbeit. Wir machen uns aber grosse Sorgen über die Situation der Menschen und ihre Zukunft. Wir hoffen, dass alle aktuellen Konflikte bald friedlich beigelegt werden.

Seit geraumer Zeit hören und lesen wir über Spannungen in Äthiopien, häufig verbunden mit ethnischen Konflikten. Im Norden hat sich die Situation weiter zugespitzt und seit dem 4. November scheint es kriegerische Auseinandersetzungen zu geben, eine unabhängige Berichterstattung aus den betroffenen Gebieten ist im Moment nicht möglich. Die betroffene **Region Tigray** grenzt nördlich an Eritrea westlich an den Sudan. Die ethnische Volksgruppe der Tigre macht etwa 6 % der Gesamtbevölkerung Äthiopiens aus.

Kurze Vorgeschichte

Nach der durch die Tigre angeführten Befreiung Äthiopiens vom Mengistu-Regime im Jahr 1991 hatten die Tigre viel Macht im Staat. Mit Meles Zenawi stellten sie auch über 20 Jahren den Ministerpräsidenten, bis zu seinem Tod im Jahr 2012. Seither beanspruchen andere Ethnien, vor allem die bevölkerungsreichste Gruppe der Oromo, mehr Macht.

Abiy Ahmed – der Friedensnobelpreisträger

Nach dem vorzeitigen Rücktritt von Ministerpräsident Hailemariam Desalegn im Jahr 2018 wurde Abiy Ahmed zum Nachfolger gewählt. Er versprach einen umfassenden Demokratisierungsprozess und Reformen. Auch bot er dem Nachbarland Eritrea Frieden an und wollte damit einen langjährigen Grenzkonflikt beenden, wofür ihm 2019 der Friedensnobelpreis verliehen wurde. Die Oppositionsparteien bemängeln, dass zu wenig auf ihre Forderungen eingegangen wird, und spezifisch die Tigre sehen sich zusehends aus ihren bisherigen Funktionen in Politik, Verwaltung und Militär gedrängt. Das führte zu Spannungen mit der Regierung der Region Tigray.

. . . die verschobenen Wahlen

Gemäss 5-Jahres Turnus sollten im Mai 2020 wieder Parlamentswahlen stattfinden (mit anschliessender Wahl des Ministerpräsidenten). Begründet mit der Corona-Pandemie wurden diese Wahlen zuerst auf Herbst 2020, und dann auf das Jahr 2021 verschoben. Die Opposition proklamierte einen Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit und de-facto das Auslaufen von Abiy Ahmed's Mandat als Ministerpräsident. Als Konsequenz führte die Region Tigray im Oktober 2020 Wahlen durch. Diesen Verstoß gegen Beschlüsse der Zentralregierung wiederum akzeptierte Ministerpräsident Abiy Ahmed nicht und drohte mit der «Wiederherstellung des Rechts» auch im Tigray.

Seit 4. November 2020 kriegerische Handlungen – unbestätigte Berichte

Am 4. November 2020 begannen erste Kampfhandlungen zwischen Truppen der Zentralregierung und Sicherheitskräften der Region Tigray. Beide Seiten bestätigen die anhaltenden Auseinandersetzungen, ohne weitere Angaben von Erfolgen oder Verlusten. Hilfsorganisationen berichten, dass in den letzten 2 Wochen über 20'000 Menschen aus dem Tigray in den Sudan geflüchtet seien. Sämtlich Telefon-, Internet-, Bank- und Postverbindungen der Region Tigray sind unterbrochen, alle Verkehrswege sind gesperrt. Somit ist der Tigray faktisch abgeriegelt und von der Umwelt und Versorgung von aussen abgeschnitten. Internationale Vermittlungen lehnt Ministerpräsident Abiy Ahmed bis zur Wiederherstellung des Rechts ab.

. . . und unsere Projekte?

Rund 20 % unserer Projekte sind im Tigray. 2020 wurden alle Setzlinge produziert und gepflanzt. Da wir keine Informationen über die Situation in diesen Projektgebieten haben, sind die für 2021 bestehenden Verträge ausgesetzt, insbesondere werden auch die im Dezember 2020 fälligen Finanzierungen zurückbehalten. Wir hoffen, dass sich die Situation bald klärt und die Arbeiten für erfolgreiche Pflanzungen im Juli 2021 wieder rechtzeitig beginnen können. Wir haben die klare Absicht, auch in Zukunft mit allen Bauern, Frauen- und Jugendorganisationen zusammenzuarbeiten, welche in der von uns geforderten Art und Weise ihren Beitrag leisten – unabhängig von ethnischen, religiösen, politischen und anderen Hintergründen.

Wir müssen leider davon ausgehen, dass, wie so häufig in kriegerischen Auseinandersetzungen, die Zivilbevölkerung am stärksten unter der aktuellen Situation und der fehlenden Versorgung leidet. So hoffen wir für die Menschen der Region, dass alle Konfliktparteien die Kampfhandlungen umgehend einstellen und eine gütliche, friedliche Einigung finden.

Simon Pfister, 18. November 2020